

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand  
für beide Teile ist Calw

# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Sernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 270

Mittwoch, den 18. November 1931

Jahrgang 104

## Die Konferenz der Innenminister in Berlin

### Reichsinnenminister Groener gegen Terror und Mord — Es wird schärfer zugepackt

— Berlin, 18. Nov. Im Reichsinnenministerium sind gestern mittag die Innenminister der Länder zu einer Konferenz zusammengetreten, in der insbesondere Maßnahmen zur Verhinderung der in letzter Zeit immer mehr zunehmenden politischen Zusammenstöße beraten worden sind.

Reichsinnenminister Groener eröffnete die Konferenz mit dem Hinweis auf eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit von Reich und Ländern und führte hierzu u. a. aus: Die schweren Gefahren, von denen Reich und Länder gegenwärtig bedroht sind, erfordern die entschlossene und unerschütterliche Zusammenfassung des Willens von Reich und Ländern, um so mehr, je bedrohlicher die Entwicklung sich gestalten sollte. Es gilt, den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern rücksichtslos zu unterdrücken. Die Mittel dazu gewähren die Notverordnungen.

Es geht nicht nur um den inneren Bestand des Staates und seine Verfassung, sondern auch um die Außenpolitik in ihrem Augenblick, wo die aller schwierigsten Entscheidungen auf dem Spiele stehen. Wir müssen dem Herrn Reichkanzler für die Führung der Außenpolitik den Rücken im Innern decken. Ohne diese Deckung ist jede Außenpolitik zum Scheitern verurteilt. Aber auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sind Fortschritte zur Gefundung nur zu erzielen, wenn es uns gelingt, die Krisenstimmung der Bevölkerung zu überwinden und das Vertrauen zur Staatsführung wieder zu stärken. Politische Maßnahmen können aber nur den Weg offenhalten für die verfassungsmäßige Entwicklung der politischen Zustände. Politische Maßnahmen als Schikanen empfinden, könne zu einer ernstlichen Gefahr für die öffentliche Ruhe werden. Deshalb muß bei allen Maßnahmen Gerechtigkeit leiten und ein gerader Kurs gehalten werden.

Kritik und politische Betätigung ist niemanden im Deutschen Reich verwehrt. Die ehrliche und anständige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner soll nicht unterbunden werden. Wer immer zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein. Die Staatsführung darf sich nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten lassen. Es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik: die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reiches. Wer sich diesem Ziel mit Gewalt oder mit den Mitteln

der Beschimpfung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den sollen die Maßnahmen der Verordnungen des Reichspräsidenten angewandt werden.

Reichsminister Groener ging dann des näheren auf die letzte Verordnung des Reichspräsidenten vom 6. Oktober ein und stellte fest, daß die Beratungen ergeben müßten, ob noch Maßnahmen von Reich wegen erforderlich seien. Im übrigen dürften durch die Verordnung des Reichspräsidenten im wesentlichen alle Maßnahmen getroffen sein, die zunächst hätten getroffen werden können. In erster Linie sei gegenüber den Terrorakten, Morden und anderen Gewalttätigkeiten an politischen Gegnern, die zu einer Kulturshande für Deutschland geworden sind, ein schärferes Zupacken unbedingt erforderlich. Es sei dringend erforderlich, daß Polizei und Justizbehörden alles tun, um weitere solche Terrorakte zu verhüten, oder die Täter einer raschen und harten Bestrafung zuzuführen. Hier müsse mit aller Energie vorgegriffen werden.

Groener erklärte sodann, daß der Reichspräsident ihn gebeten habe, den politischen Mordtaten seine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Er gebe diese Bitte an die Innenminister weiter. Außerdem habe er von Herrn Hitler umfangreiches Material darüber erhalten, das er sorgfältig prüfen und den Landesregierungen zur Kenntnis bringen werde. Weitere Maßnahmen, auch nicht polizeilicher Art, behalte er sich vor und werde hierüber mit den Landesregierungen in Verbindung treten.

Eine besondere Aufmerksamkeit verdiene weiter die von der kommunistischen Partei in größtem Umfang betriebene Verleumdungstätigkeit in Reichswehr und Polizei. Brechen, die hier in das Staatsgefüge geschlagen werden, können von unabsehbaren Folgen sein. Wir können uns nicht damit zufrieden geben, daß es jetzt solche Verleumdungsversuche an dem festen Gefüge von Reichswehr und Polizei abgeprallt sind. Unsere Aufgabe muß es sein, solche Versuche zu verhindern.

Nach den Ausführungen des Reichsinnenministers fand eine allgemeine und eingehende Aussprache statt. Die Innenminister der einzelnen Länder gaben einen Überblick über die politische Situation in ihren Ländern. Die Aussprache ergab die einmütige Auffassung über die Notwendigkeit, dem politischen Terror, von welcher Seite er auch kommen mag, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten.

## Tages-Spiegel

Die Berliner Konferenz der Innenminister besahte sich mit weiteren Maßnahmen gegen den zunehmenden Parteiterror. Reichsinnenminister Groener forderte ein schärferes Zupacken im Interesse der Staatsautorität, des Wirtschaftslebens und der Außenpolitik.

Angeichts der anhaltenden Devisenverluste der Reichsbank, die seit dem 1. September 465 Millionen ausmachen, hat die Reichsregierung neue Maßnahmen zur restlosen Erfassung der Devisen aus dem Exporthandel verordnet.

Zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet wurde eine Notverordnung erlassen.

Die Zeichnung für die Reichsbahnleihe hat bisher insgesamt 230 Millionen Mark ergeben.

Die Reichsregierung wird voraussichtlich morgen den Antrag an die BZ. richten, den Sonderausschuß zur Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit einzuberufen.

In Reichskreisen plant man die Einberufung des Reichstags für nächste Woche mit dem Ziel, eine Einberufung des Reichstags durchzusetzen.

Infolge von Lohnstreitigkeiten ist durch Ausstand der Hafensarbeiter der Betrieb in den Duisburg-Mehrorter Häfen stillgelegt worden.

## Berscharfte Außenhandelskontrolle

— Berlin, 18. Nov. Die Devisenzwangswirtschaft in der bisherigen Form hat nicht gehindert, daß die Devisenbestände der Reichsbank trotz der hochaktiven Handelsbilanz fortgesetzt stärker als erwünscht in Anspruch genommen worden sind (nach dem letzten Reichsbankausweis haben sich die bedienungsfähigen Devisen erneut um 72,2 Millionen vermindert). Deshalb sind jetzt weitere Maßnahmen getroffen worden, um eine restlose Erfassung der Exporterlöse zu ermöglichen. In einer Durchführungsverordnung zur Devisenverordnung wird angeordnet, daß künftig alle Waren, die aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet ausgeführt werden, durch Übergabe einer Export-Baluta-Erklärung nach vorgeschriebenem Muster der Reichsbank anzumelden sind. Außerdem haben die Exporteure dreimal monatlich der örtlich zuständigen Reichsbankanstalt mitzuteilen, an welche Devisenbank sie die eingegangenen Ausfuhrvaluten abgeliefert haben, oder von welcher Reichsbankanstalt ihnen die Devisen freigegeben wurden. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit schweren Strafen bedroht. Da ferner die für die deutsche Einfuhr auch jetzt noch zur Verfügung stehenden Kredite, zu deren Aufrechterhaltung die ausländischen Gläubiger sich in dem Stillhalteabkommen ausdrücklich verpflichtet haben, durchaus nicht in vollem Umfange ausgenutzt werden, sollen die Einfuhrfirmen darauf verwiesen werden, von diesen Möglichkeiten härteren Gebrauch zu machen.

## Die Neuordnung der Osthilfe

— Berlin, 18. Nov. Das Reichskabinett hat in der Nacht zum Dienstag eine neue Verordnung verabschiedet, die gestern als Verordnung „zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet“ auf Grund des Artikels 48 vom Reichspräsidenten unterzeichnet worden ist.

Um die besonders in den Hauptproduktionsgebieten Süddeutschlands ungünstigen Preisverhältnisse am Brauergesammarkt, die eine Folge der im Verhältnis zum Verkaufsbedürfnis der Landwirtschaft ungenügenden Nachfrage der Brauereien und Mälzereien sind, günstiger zu gestalten, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, Mittel zur Verfügung gestellt, die die Durchführung einer Stützungsaktion für Brauergesamte in Süddeutschland unter Mitwirkung von Länderregierungen, Handel und Genossenschaften ermöglichen.

## England erhöht die Einfuhrzölle

— London, 18. Nov. Nachdem das Unterhaus auf Antrag der Regierung mit 396 gegen 41 Stimmen beschlossen hatte, die mit dem Dumpingabmehrgesetz zusammenhängende Finanzentscheidung sofort zu behandeln, wurde die Finanzentscheidung nach längerer Aussprache in den späten Abendstunden des Dienstag mit 336 gegen 40 Stimmen angenommen.

## Die Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit

### Deutscher Antrag auf Einberufung des Sonderausschusses der BZ. am Donnerstag Der Ausschuß wird die Gesamtlage Deutschlands prüfen

— Paris, 18. Nov. Der deutsche Botschafter v. Goeschke am Dienstag nachmittag die Besprechungen mit Finanzminister Blandin fort. Wie verlautet, sollen hierbei die noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten beseitigt worden sein. Der Wortlaut des deutschen Antrages bei der BZ., den der Botschafter dem Finanzminister unterbreitet hat, wird an den französischen Ministerpräsidenten weitergeleitet. Caval dürfte jedoch wahrscheinlich eine Entscheidung des französischen Kabinetts herbeiführen. Der deutsche Standpunkt hat sich nach einer Nachricht aus unterrichteten Kreisen durchgesetzt und der beratende Sonderausschuß, dessen Einberufung schon in den nächsten Tagen erfolgen wird, bekommt die Aufgabe, die gesamte Finanzlage Deutschlands zu studieren, also nicht nur, wie es ursprünglich in den Absichten eines großen Teils der politischen Öffentlichkeit Frankreichs lag, die Reparationsfrage. Auch bei der französischen Regierung hat sich also die Selbstverständlichkeit doch noch durchgesetzt, daß ein vollkommenes Bild der deutschen Finanzlage nur gewonnen werden kann, wenn der beratende Sonderausschuß in die Lage versetzt wird, außer der Frage der Reparationsschulden auch die private Verschuldung Deutschlands zu prüfen.

### Außenpolitische Aussprache in der Pariser Kammer

In der Pariser Kammer begann gestern nachmittag die große außenpolitische Aussprache, die sich auf alle Fragen erstreckt, die in den letzten 5 Monaten im Vordergrund des Interesses standen.

Der radikalsozialistische Abg. Mißler beschäftigte sich mit den verschiedenen internationalen Verhandlungen in Paris, London und Berlin und erklärte, daß Ministerpräsident Caval in Berlin betont habe, Deutschland nur unter gewissen politischen Bedingungen Kredite eröffnen zu kön-

nen. Caval erwiderte hierauf, daß man nicht in Berlin, sondern vielmehr in Paris und London die Bedingungen ins Auge gefaßt habe, von denen man eine Anleihe an Deutschland abhängig machen müßte. Der Abgeordnete erklärte hierauf, daß die Unterbringung einer deutschen Anleihe in Frankreich im Augenblick unmöglich sei. Er erinnerte an die Finanzkrise in England und Amerika und stellte sodann bei der Betrachtung der deutschen Verpflichtungen fest, daß die kurzfristigen Schulden Deutschlands zwischen 7 und 10 Milliarden schwanken. Finanzminister Blandin wies demgegenüber darauf hin, daß diese Zahlen bei der Baseler Unternehmung aufgestellt worden seien und daß sie heute jedoch wesentlich höher sein dürften. Ein genaues Bild werde sich erst nach der Prüfung des Untersuchungsausschusses ergeben. Mißler erging sich sodann in Ausführungen über die deutsch-französischen Verhandlungen und forderte die Regierung auf, der Kammer reinen Wein einzuschmecken.

## Völkerbundsrat und Mandchureikonflikt

### Noch keine Fortschritte

— Paris, 17. Nov. Die einzelnen Abordnungen des Völkerbundsrates waren am Dienstag weiter bemüht, eine für China und Japan annehmbare Verständigungsgrundlage zu finden. Zwischen Briand, Simon und Dawes einerseits und den Hauptvertretern Chinas und Japans andererseits fanden weitere Verhandlungen statt. In der darauf folgenden Geheimstunde, an der Yoshikawa und Dr. Sze nicht teilnahmen, berichteten die obengenannten drei Ländervertreter über den Stand der Besprechungen. Wie verlautet, sind merklige Fortschritte noch nicht erzielt worden. Die Einzelberatungen sollen am Mittwoch fortgesetzt werden, da noch ergänzende Auskünfte gewünscht werden.





